

EVOLVE

Oktober 2025 Ausgabe #06

Das Magazin über Wissenschaft,
die Gesellschaft verändert

das crazy

ISSN 2750-9826

Wir verändern Gesellschaft

EVANGELISCHE
HOCHSCHULE
FREIBURG



INHALT

04 Mein Weg: Constantin Hruschka

Für ihn gibt es eine Grenze dessen, was juristisch vertretbar ist

08 Was Familien brauchen

Belastungen steigen – wie werden Hilfsangebote bekannter?

10 Von Konflikten lernen

Stabwechsel nach fünf Jahren Friedensinstitut: eine Standortbestimmung mit Karen Hinrichs und Melanie Hussak

13 Verabschiedung von Karen Hinrichs

Nach vielen Jahren der Friedensarbeit weiterhin engagiert

14 Argumente sind unverzichtbar

Kontroverse Debatten, Perspektiven austarieren, voneinander lernen – dafür steht unsere Hochschule

18 Einmischen lohnt sich

Gesa Köbberling beobachtet, dass Wissenschaft zum umkämpften Raum geworden ist

20 Drei Länder, eine Agenda

Zukunftsaufgaben gelingen nur gemeinsam, weiß Sibylle Fischer

22 Die große Frage

Helen Breit hält das Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit für überfällig

25 Abschiede aus dem Hoch- schuldienst

Ausgezeichnet für sein Bemühen um den christlich-jüdischen Dialog: Wilhelm Schwendemann

Dörte Weltziens Maxime: Ungleichheit, Diskriminierung und Ausgrenzung dürfen nicht hingenommen werden

27 Streit um Realität

Renate Kirchhoff erklärt, wie wir auf populistische Beschreibungen reagieren können

EDITORIAL

„das crazy“. Schon mal gehört?

In diesem Magazin geht es um Demokratie. Sie geht uns alle an. Unser Titel „das crazy“ soll hier ein Blitzlicht auf junge Menschen werfen: Einige von ihnen verwenden den Ausdruck, wenn sie schlicht nicht wissen, wie sie auf das reagieren sollen, was ihnen da gerade an Realität begegnet. Er steht für Fassungs- und Sprachlosigkeit in einer Zeit, die tatsächlich „crazy“ ist – gesellschaftlich wie politisch. „das crazy“ gehört zu den nominierten Jugendwörtern 2025.

Sprache ist ein kraftvolles Werkzeug – mit ihr können Informationen ebenso wie soziale Identitäten und politische Haltungen zum Ausdruck gebracht werden: Wer bin ich und wer will ich sein? Das auszuhandeln gehört in einer Demokratie dazu.

„das crazy“ hat seinen Ursprung in der Sprache von Afroamerikaner*innen in den USA. Solche Redewendungen werden inzwischen außerhalb ihrer ursprünglichen Kontexte gebraucht, ihre Herkunft wird unsichtbar.

Mit diesem Magazin, in dem sich alles um Demokratie dreht und darum, wie wir sie fördern können, wollen wir zu gesellschaftlicher Partizipation herausfordern: Fassungs- und Sprachlosigkeit können hier erste Impulse sein. Sprache ist



schließlich ein Schlüssel zur Teilhabe – und Verstehen braucht das Bemühen um den Kontext der Sprechenden.

Darum geht es uns: ums Hinsehen, Mitdiskutieren und Einordnen mit den Mitteln einer Hochschule in der Tradition eines reformatorischen Bildungsverständnisses: im Sinne verantwortungsbewusster Mündigkeit. Mit den Beiträgen in dieser sechsten Ausgabe von ev.olve bekommen Sie einen Eindruck davon, wie das gelingen kann.

Ich wünsche Ihnen eine inspirierende Lektüre. Bleiben Sie im Gespräch!

Prof.in Dr.in
Renate Kirchhoff
Rektorin der
Evangelischen
Hochschule Freiburg

Prof. Dr. Constantin Hruschka

Mein Weg: Constantin Hruschka



Seit September 2024 ist Constantin Hruschka Professor für Sozialrecht an der Evangelischen Hochschule (EH) Freiburg. Er bringt eine beeindruckende Bandbreite an Erfahrungen mit, die vom Umgang mit Migrations- und Asylrecht über die Tätigkeit in internationalen Organisationen bis hin zur rechtswissenschaftlichen Forschung reicht. Im Gespräch wird schnell deutlich, dass sein Weg von Unabhängigkeit, Neugier und dem Mut, immer wieder neue Räume zu betreten, geprägt ist. Ein Porträt.

„Ich habe beruflich immer versucht, das zu machen, was mir Spaß macht.“

Es war nicht einfach, einen Gesprächstermin mit dem vielbeschäftigten Professor zu finden. Als wir miteinander sprechen, ist Constantin Hruschka gerade wieder in Bern angekommen. Dort lebt er mit seiner Familie. Die Grenzübertritte zwischen der Schweiz und Deutschland sind für ihn Alltag. „Für mich sind Grenzen kein Hindernis, sondern ein Lernraum“, sagt er. Das Grenzgängerdasein passt zu seiner Biografie – juristisch, beruflich und privat.

Mit dem Ruf an die EH Freiburg eröffnete sich für ihn ein neuer Raum. „Eigentlich wollte ich mich hier viel stärker den Themen Sozialrecht und Existenzsicherung widmen“, erzählt er. Doch das starke Interesse der Studierenden am Asyl- und Migrationsrecht sowie die gesellschaftliche Dringlichkeit dieses Themas führten dazu, dass es weiterhin einen großen Teil seiner Arbeit prägt. „Ich habe schnell gemerkt, dass es ein großes Bedürfnis gibt, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Die Studierenden nehmen das Thema äußerst engagiert auf. Sie wollen verstehen, wie Behörden funktionieren und wie das Recht Menschen schützt – oder eben nicht“, berichtet er.

Doch von vorne: „In der Schule mochte ich Geschichte am liebsten“, sagt Constantin Hruschka schmunzelnd, wenn man ihn nach seinen Interessen als Jugendlicher fragt. Aufgrund seines familiären Hintergrunds schien Jura der naheliegende Weg zu sein: Die Mutter war Richterin, der Vater Rechtsanwalt und der Patenonkel Juraprofessor. Trotzdem wollte Hruschka seinen eigenen Weg gehen. Neben Jura studierte er deshalb auch Geschichte und im Nebenfach Philosophie. In Geschichte schließt er seine Promotion ab. „Ich habe beruflich immer versucht, das zu machen, was mir Spaß macht“, beschreibt er seinen Antrieb.

Seine juristische Ausbildung führte ihn ins Ausland, immer neugierig auf andere Perspektiven und Rechtsverständnisse. Unter anderem verbrachte er als Erasmus-Student und mit einem Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD) insgesamt zwei Jahre in Poitiers und Paris. Während des Referendariats zog es ihn nach London, wo er in einer auf Asylrecht spezialisierten Kanzlei arbeitete. Anfang der 2000er-Jahre galt Deutschland aus Sicht des britischen Rechts als unsicherer Staat, da die Asylverfahren schlecht liefen. „Diese Erfahrung war für mich prägend“, so Hruschka.

Nach dem zweiten Staatsexamen arbeitete Constantin Hruschka zunächst als Anwalt – ebenfalls im Asylrecht – in München und meldete gleichzeitig eine Habilitation in Rechtsgeschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) an. Doch dann nahm seine Karriere eine andere Wendung: Er bewarb sich beim UNHCR, der Flüchtlingsagentur der Vereinten Nationen. „Als ich die Zusage bekam, wusste ich, dass eine klassische Universitätslaufbahn in Deutschland für mich nicht mehr möglich sein würde“, sagt Constantin Hruschka. Denn in Deutschland gilt: Wer als Jurist die Universität verlässt, um in die Praxis zu gehen, hat kaum noch Chancen auf eine Professur an einer juristischen Fakultät.

Zehn Jahre lang lernte er beim UNHCR die Arbeit zwischen politischem Pragmatismus und völkerrechtlicher Verantwortung aus nächster Nähe kennen. Parallel dazu übernahm er immer wieder Lehraufträge, unter anderem in Freiburg (Schweiz) und an der Universität Bielefeld. „Mir war es immer wichtig, die Verbindung zwischen Praxis und Wissenschaft zu erhalten.“ In dieser Zeit arbeitete er auch am ersten deutschsprachigen Kommentar zur Genfer Flüchtlingskonvention mit.

Dann zog es Constantin Hruschka zu neuen Ufern weiter. Er wechselte zur Schweizerischen Flüchtlingshilfe, leitete dort die Abteilung „Protection“ und baute Beratungs- und Rechtsvertretungsstrukturen für Asylverfahren auf. Aus familiären Gründen kehrte er nach Deutschland zurück und arbeitete am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in München an einem Forschungsprojekt zu Migration, Integration und Exklusion. Danach wechselte er an das Bundesverwaltungsgericht der Schweiz. Dort schrieb er über hundert Entscheidungen im Asylbereich. „Das war eine intensive Zeit. Ich habe über das Schicksal von Menschen entschieden, ob sie bleiben dürfen oder nicht. Das trägt man mit sich“, erzählt er.

Der Ruf an die EH Freiburg bot ihm die Möglichkeit, wieder in der Wissenschaft zu arbeiten. Seine berufliche Zeit in der Praxis ist an der Hochschule sehr gefragt, fünf Jahre Praxis außerhalb einer Hochschule sind sogar Bedingung für die Berufung. Er sieht seine Aufgabe vor allem darin, Strukturwissen zu vermitteln. Wie funktionieren Behörden? Was bedeutet Rechtsstaatlichkeit praktisch? „Viele Studierende und Fachkräfte haben punktuell Wissen, aber ohne ein Verständnis der Systemlogik von Verwaltung und Rechtsstaat kann man

in der Praxis kaum bestehen.“ Er vermittelt Recht deshalb nicht als abstrakte Sammlung von Paragrafen, sondern als lebendiges System mit ethischen und gesellschaftlichen Dimensionen. Seine Studierenden sollen nicht nur lernen, Paragrafen zu zitieren, sondern auch verstehen, dass Recht ein Instrument ist, um Gesellschaft zu gestalten. „Recht ist kein starres Korsett. Es ist ein Raum, den wir mit Haltung füllen müssen.“

Um dies zu erreichen, knüpft er regionale Netzwerke, beispielsweise mit Erstaufnahmestellen oder Freiburger Behörden, und nutzt seine nationalen Netzwerke wie die Refugee Law Clinic München, deren Beirat er angehört. Er möchte die EH Freiburg als einen Ort bekannt machen, an dem sich Studierende besonders gut für den Migrations- und Sozialbereich qualifizieren können. Und er denkt interdisziplinär. „Rein juristisch kann ich vieles erklären, aber Menschlichkeit kann ich nicht verordnen. Dafür braucht es andere Perspektiven.“ Hierfür bieten der Austausch und die Zusammenarbeit mit seinen Kolleg*innen an der EH Freiburg vielfältige Möglichkeiten.

Auch Forschung bleibt ein zentraler Teil seiner Arbeit. Aktuell beschäftigt er sich mit Fragen der Rechtsumsetzung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), die ab 2026 viele Veränderungen bringen wird. „Mich interessiert nicht nur, was im Gesetz steht, sondern wie Recht tatsächlich umgesetzt wird. Nicht auf dem Papier, sondern in der Lebensrealität der Menschen“, sagt er.

„Es gibt eine Grenze dessen, was juristisch vertretbar ist.“

In der öffentlichen Debatte über Migration und Asylrecht wird Hruschka regelmäßig in nationalen und internationalen Medien als Experte angefragt. Ihm geht es nicht darum, lautstark seine Meinung kundzutun, sondern den juristischen Rahmen und menschenrechtliche Standards klar zu benennen. „Es gibt eine Grenze dessen, was juristisch vertretbar ist. Jenseits dieser Grenze wird es gefährlich – nicht nur für die Rechtsstaatlichkeit, sondern für die Gesellschaft insgesamt“, warnt er.



„Für mich sind Menschenrechte nicht verhandelbar. Das ist auch durch meine Familiengeschichte geprägt: Die Familie meines Vaters wurde aus Schlesien vertrieben, das Thema Flucht und die damit verbundenen Lebensverhältnisse waren familiär immer präsent. Existenzsicherung ist für mich ein Kernprinzip – rechtlich und ethisch.“ Diese Grundsätze verteidigt er auch in öffentlichen Diskussionen, ohne sich dabei parteipolitisch vereinnahmen zu lassen. Dabei bewegt er sich in einem Spannungsfeld: „Viele glauben, sie wüssten genauso viel wie jemand, der sich seit 20 Jahren auf vielfältige Weise mit diesen Fragestellungen beschäftigt“, sagt er. „Ich versuche immer, zwischen Meinung und Rechtsauffassung zu unterscheiden. Viele Aussagen sind keine Rechtsauffassungen, sondern Meinungen. Und manche sind nicht mehr vertretbar. Ich respektiere andere Meinungen, auch wenn ich sie rechtlich für falsch halte. Die Person dahinter bleibt trotzdem ein Mensch“, betont er.

Constantin Hruschka schätzt es, dass die EH Freiburg ihm beste Voraussetzungen für sein Wirken bietet: Offenheit und ein stabiles ethisches Fundament. „Hier kann ich meine Prinzipien leben, meine Perspektiven einbringen und gleichzeitig viel Freiheit genießen“, sagt er. Sie unterstützt ihn nicht nur in Forschung und Lehre, sondern auch hinsichtlich seiner me-

dialen Präsenz. „Dass die EH Freiburg eine klare Haltung zu gesellschaftlichen Themen hat, stärkt mich in meiner Arbeit.“

Rückblickend würde er seinen Karriereweg nicht als strategisch bezeichnen. „Ich habe immer versucht, Dinge zu machen, die mich interessieren – und das ist heute noch so. Ich weiß, dass diese Möglichkeit ein großes Privileg ist.“ Seine Geschichte zeigt eindrucksvoll, dass eine wissenschaftliche Karriere, Praxisnähe und gesellschaftliches Engagement sich gegenseitig bereichern können. Und dass es nicht immer der gerade Weg ist, der zählt, sondern die Fähigkeit, offen, neugierig, gleichzeitig kritisch zu bleiben und die eigene Haltung nie aus den Augen zu verlieren.

Protokoll: Melanie Geppert

Was Familien brauchen

Titel:

Bestands- und Bedarfsanalyse zum Themengebiet „Seelische Gesundheit in Familien“

Projektleitung:

**Prof.in Dr.in Silke Kaiser,
Prof. Dr. Fabian Frank**

Wissenschaftliche Mitarbeit:

Juliane Cicecki (M. A.), Zentrum für Kinder- und Jugendforschung (ZfKJ) am Institut für Angewandte Forschung (IAF) der Evangelischen Hochschule Freiburg

Studentische Hilfskraft:

Lara Hockenjos

Auftraggeber:

Landratsamt Ortenaukreis

Laufzeit:

04/2025–11/2025

Ziel: Mit der Bestandsanalyse werden vorhandene Unterstützungs- und Präventionsangebote im Ortenaukreis für folgende Zielgruppen erfasst: Kinder und Jugendliche, die von einer psychischen Erkrankung bedroht oder bereits erkrankt sind, psychisch oder an einer Sucht erkrankte Eltern sowie Kinder psychisch erkrankter oder suchtkranker Eltern. Zudem werden Bedarfe dieser Zielgruppen ermittelt und passgenaue Maßnahmen unter Berücksichtigung bestehender Angebote, funktionierender Strukturen und Vernetzungsmöglichkeiten entwickelt.

Hintergrund: Seit der COVID-19-Pandemie gibt es einen Anstieg psychischer Belastungen bei Kindern, Jugendlichen sowie Erwachsenen (laut der BELLA-Studie liegt der Anteil psychisch auffälliger Kinder und Jugendlicher bei 22 Prozent, das sind noch immer fünf Prozent mehr als vor der Pandemie). Somit muss eine starke Gefährdung der seelischen Gesundheit in Familien angenommen werden. Deshalb sind gezielte Maßnahmen nötig, die in Kooperation von Akteur*innen aus Politik und Verwaltung, Gesundheitsversorgung, psychosozialer Versorgung, Bildungs- und Sozialsystemen sowie Leistungsanbieter*innen durchgeführt werden.

Forschungsdesign: Die Bestands- und Bedarfsanalyse erfolgt in vier Phasen: (1) Vorbereitungsphase zur Identifikation themenbezogen relevanter Akteur*innen aus etablierten Versorgungsstrukturen im Ortenaukreis, (2) Vorphase zur Analyse der Angebote und bestehenden Kooperation der Akteur*innen, (3) Hauptphase, in der Kinder, Jugendliche und Eltern sowie Verwaltung, Träger*innen und Fachkräfte mittels qualitativer und quantitativer Erhebungsmethoden befragt werden, (4) Abschlussphase mit Datenauswertung und Projektabschluss.

Für Kinder und Jugendliche sowie für Erwachsene, die hohen Belastungen der seelischen Gesundheit ausgesetzt sind, gibt es vielfältige Angebote. Welches sind diese? Bedarf es weiterer und anderer Maßnahmen?

Für dieses Forschungsprojekt ist die interdisziplinäre Perspektive wichtig. Warum?

Fabian Frank: Sie ist erforderlich, um die Bedürfnisse aller Familienmitglieder gleichberechtigt in den Blick zu nehmen. Dafür treffen wir die Zielgruppen an verschiedenen Orten, etwa Kinder in Kitas, Jugendliche in der Schule oder der offenen Jugendarbeit und Eltern in gemeindepsychiatrischen Settings. Durch die interdisziplinäre Zusammenarbeit können wir passende Zugänge zu den Zielgruppen und letztlich passgenaue Interventionen entwickeln.

Wie ermitteln Sie die Bedarfe der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen sowie die bestehenden Angebote?

Silke Kaiser: Wir haben zunächst eine Onlinerecherche durchgeführt, und anschließend relevante Akteur*innen zum Beispiel aus Verwaltung, Leistungsanbieter*innen, Gremien identifiziert. In einem Kick-off-Meeting mit rund 50 Personen bekamen wir Informationen zu bestehenden Angeboten und Bedarfen. Die Perspektive der Betroffenen haben wir einbezogen, indem auch Menschen aus Selbsthilfegruppen teilnahmen. Im Juli/August fand eine vertiefte Onlinebefragung statt, in die Akteur*innen

eingebunden wurden wie etwa Ämter, Jugendhilfeplanung, Jugendamt, Kinderschutzbeauftragte, das Präventionsnetzwerk Ortenaukreis, Kliniken, Kinder- und Jugendpsychiatrien, Ärzt*innen, Kitas, Schulen, Beratungsstellen sowie Eltern. Kinder und Jugendliche befragten wir in persönlichen Interviews. Und wir nutzen weitere qualitative Methoden der Sozialraumforschung, um ein vollständiges Bild der Bedarfs- und Versorgungslage zu bekommen.

Zeichnen sich bereits erste Ergebnisse ab?

Juliane Cicecki: Bei der Kick-off-Veranstaltung zeigte sich u. a., dass Unterstützungsangebote teilweise nicht verstetigt wurden. In Bezirken außerhalb Offenburgs sowie der weiteren großen Kreisstädte des Ortenaukreises gab es teilweise eine geringere Angebotsdichte. Bestätigt hat sich, dass es einen erhöhten Bedarf an präventiven Angeboten und psychoedukativen Maßnahmen gibt, die sich an die Zielgruppen und beispielsweise an Fachkräfte richten. Es besteht der Wunsch nach rechtskreisübergreifender Kooperation zwischen Versorgungsstrukturen, um Lücken in der psychosozialen Unterstützung auflösen zu können. Zentral scheint,

dass besser an bestehende Strukturen angeknüpft wird und diese bekannter gemacht werden.

Wie wirken Angebote für die seelische Gesundheit in die Gesellschaft hinein?

Silke Kaiser: Damit stärkt man nicht allein die Resilienz einzelner Familienmitglieder, von Familien und deren Sozialsystemen, sondern man trägt zu einer Stabilisierung der Gesellschaft bei. Darüber hinaus beugt die Unterstützung der seelischen Gesundheit in Familien hohen volkswirtschaftlichen Kosten vor, die entstehen würden, wenn es diese (präventiven) Angebote nicht gäbe. Denn wenn Menschen etwa aufgrund einer Depression nicht ihrer Arbeit nachgehen können, fallen Arbeitskräfte beim Arbeitgeber aus. Die Versorgung von Menschen mit psychischen Störungen beansprucht mehr als zehn Prozent der jährlichen Gesundheitsausgaben (Salize, 2023), das ist durchaus eine nennenswerte Summe. Angebote für die seelische Gesundheit von Familien haben also mehrfachen Wert.

Text: Imke Rötger

VON KONFLIKTEN LERNEN

Fünf Jahre Friedensinstitut Freiburg, eine Standortbestimmung: Im Interview erzählen Karen Hinrichs, von 2020 bis 2025 Geschäftsführende Direktorin, und ihre Nachfolgerin Melanie Hussak, seit September Leiterin des Friedensinstituts, was es für Frieden und Demokratie leistet. Sie schauen zurück auf erreichte Meilensteine und nehmen die kommenden Jahre in den Blick.

ev.olve: Frau Hinrichs, Sie haben als Geschäftsführende Direktorin die ersten fünf Jahre des Friedensinstituts Freiburg wesentlich geprägt. Welches sind seine zentralen Aufgaben?

Karen Hinrichs: Das Friedensinstitut befähigt Menschen, Frieden mitzugestalten, Konflikte transformativ zu bearbeiten und vermittelt friedenspädagogische und friedensethische Kompetenzen. Es wirkt in Richtung Demokratiebildung, Gewalt-, Antisemitismus- und Rassismusprävention. Als Teil der EH Freiburg verstärken wir deren drei Handlungsbereiche mit einem pädagogischen Schwerpunkt in Lehre, Forschung, Transfer. Zu Letzterem gehört, Forschungsergebnisse und Expertise der Hochschule in unterschiedlichen Formaten für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft direkt nutzbar zu machen. Dazu gehört auch unser Masterstudiengang Friedenspädagogik. Bei den Forschungsprojekten liegt der Fokus auf Friedensbildung und Friedensethik. Öffentliche Angebote wie die Friedenspolitischen Hochschulgespräche sowie Weiterbildungen haben wir nach und nach auf den Markt gebracht. Sie bringen wie unsere Studientage Expertise aus Forschung und Praxis ein und verstetigen die Kooperationen mit Akteur*innen der Friedensarbeit, mit Fachkräften und Zivilgesellschaft.

Seit der Gründung haben Sie mit Ihrem Team sehr viel aufgebaut. Können Sie Ihre Highlights nennen?

Karen Hinrichs: Es gab einige, ich nenne drei: Die Gründung des Friedensinstituts wurde von vielen Gästen bei der Eröffnungsfeier 2020 als Hoffnungszeichen angesehen. Dass sich eine Hochschule in kirchlicher Trägerschaft der Friedensforschung widmet, wurde seitdem oft positiv hervorgehoben. Die Auseinandersetzung mit den Themen Frieden, Gerechtig-

keit, Klima und Nachhaltigkeit hat für die Badische Landeskirche, die Hochschulträgerin, immer eine wichtige Rolle gespielt. Daher fügt sich das Friedensinstitut gut in ihr Profil ein und ebenso passt ein interdisziplinäres Friedensinstitut perfekt in die EH Freiburg.

Ein zweites Highlight war die Akkreditierung des Masterstudiengangs Friedenspädagogik im März 2022. Es ist bundesweit der erste und bisher einzige friedenswissenschaftliche Studiengang mit dezidiert pädagogischem Schwerpunkt. Neben den theoretischen Grundlagen der Friedens- und Konfliktforschung, der Philosophie und Ethik sowie der Pädagogik erarbeiten sich die Studierenden praxisorientierte Methoden der Friedenspädagogik, der Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung. Sie absolvieren einen Grundkurs in Mediation und ein Praktikum im friedenspädagogischen Bereich. In ihren Abschlussarbeiten beforschen sie aktuelle friedenswissenschaftliche Fragestellungen. Und sie werden überall gebraucht: in der Sozialen Arbeit, in der politischen Bildungsarbeit, in Schulen und Kitas, Kommunen und Religionsgemeinschaften, in NGOs und in der Forschung. Unsere Absolvent*innen werden wichtige Schlüsselrollen haben, um gesellschaftliche Veränderungen so zu gestalten, dass ein friedliches Zusammenleben und zugleich demokratische Strukturen gefördert werden. Das dritte Highlight ist für mich, dass meine Stelle zu einer Professur wurde, auf die Melanie Hussak im September 2025 berufen wurde. Das freut mich außerordentlich. In ihren Händen liegt nun die wissenschaftliche wie die geschäftsführende Leitung des Friedensinstituts Freiburg.



v. li.: Alexandra Dick (Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Friedensinstitut), Melanie Hussak

Wie werden Menschen friedensfähig? Was befähigt uns, Frieden zu gestalten?

Karen Hinrichs: Wichtig sind Konflikt- und Dialogfähigkeit sowie Bereitschaft und Fähigkeit, systematisch die Perspektiven der anderen zu berücksichtigen. Das lässt sich trainieren und diese Kompetenzen sind auf allen Beziehungsebenen gefragt, vom Nahbereich bis zu den Interessengruppen in einem Land oder in internationalen Beziehungen.

Inwiefern unterscheidet sich das Friedensinstitut Freiburg von anderen Friedensinstituten?

Karen Hinrichs: Unser Friedensinstitut kooperiert im Bereich der Forschung mit Hochschulen unterschiedlichen Typs und in der Lehre und im Transfer mit zivilgesellschaftlichen Organisationen – das unterscheidet uns von anderen. Sofern die Friedensforschungsinstitute in Deutschland Bachelor- oder Masterstudiengänge anbieten, liegen die Schwerpunkte eher im politikwissenschaftlichen Bereich der Friedensforschung oder in den Internationalen Beziehungen. Insofern haben wir mit unserem Master Friedenspädagogik ein Alleinstellungsmerkmal.

Frau Hussak, Sie sind bereits seit März 2023 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Friedensinstitut tätig. Seit September dieses Jahres sind Sie die Leiterin, zugleich haben Sie die Professur Friedensforschung mit Schwerpunkt Friedensbildung angetreten. Wie sind Sie in Ihre neue Aufgabe gestartet?

Melanie Hussak: Auf jeden Fall sehr dankbar! Für die großartige innovative Aufbauarbeit von Karen Hinrichs und auch von Prof. Dr. Bernd Harbeck-Pingel, der von 2020 bis September Wissenschaftlicher Direktor des Friedensinstituts gewesen ist. Herr Harbeck hat gemeinsam mit Frau Hinrichs das Curriculum des Masterstudiengangs entwickelt. Im friedensethischen Forschungskolloquium hat er zudem wichtige Impulse gesetzt, von denen die Friedensbildung in der Reflexion ihrer Praxis profitiert. Auch die wertvolle Unterstützung des wissenschaftlichen Beirats möchte ich hervorheben. Ich konnte auf einer sehr guten Grundlage starten und möchte das Friedensinstitut mit dem neuen Team nun konsolidieren und weiterentwickeln.

Die Bezeichnung meiner Professur verweist bereits auf unser Alleinstellungsmerkmal: die Verbindung von Friedenswissenschaft und -bildung in Forschung und Praxis. Das berücksichtigen wir in unserer Institutsarbeit und im Masterstudiengang. Als anwendungsorientierte Disziplin ist der Austausch zwischen Forschung und Praxis der Friedenspädagogik inhärent. Unsere Forschung und Lehre profitieren von den Fragen der Studierenden sowie vom Diskurs mit Fachkräften. Gleichzeitig entwickeln wir unsere Lehre und unsere Transferangebote durch die Erkenntnisse auch aus der eigenen Forschung weiter. Im vergangenen Jahr haben wir uns etwa mit der Weiterentwicklung friedenspädagogischer Methoden beschäftigt. Dabei haben wir untersucht, welche Auswirkungen disziplinäre Entwicklungen wie etwa die Berücksichtigung dekolonialer Perspektiven oder gesellschaftspolitische Veränderungen, die beispielsweise durch die Klimakrise und einen digitalen Strukturwandel entstehen, haben. Welche Methoden können hier angewendet und wie müssen sie für aktuelle Kontexte angepasst werden? In unserer Forschung und in unseren Transferangeboten geht es auch um Querschnittsthemen. Ein Beispiel ist die Frage, welchen Beitrag die Friedenspädagogik in einer sozial-ökologischen Transformation und den damit verbundenen gesellschaftlichen Konflikten leisten kann. Die Bearbeitung dieser Konflikte erfordert eine abgestimmte Zusammenarbeit von Forschung, Aus- und Weiterbildung von Fachkräften und zukünftigen Entscheidungsverantwortlichen sowie eine breit angelegte Wissenschaftskommunikation. Unsere Handlungsfelder ergänzen sich optimal.

Welche Ziele haben Sie für das Friedensinstitut?

Melanie Hussak: Die Herausforderungen für die Gestaltung eines friedlichen Miteinanders sind aktuell groß. Die Zahl der Menschen, die beruflich oder ehrenamtlich mit Konflikten zu tun haben, wächst. Daher möchte ich zielgruppenorientierte Qualifizierungs- und Transferangebote in und außerhalb der Hochschule ausbauen, anwendungsorientierte Forschung als sichtbares Element des Instituts etablieren. Wie wir das erreichen können, haben wir im neuen Strategie- und Entwicklungsplan für die kommenden fünf Jahre ausgearbeitet: Er enthält 17 Ziele mit Handlungsstrategien. Zum Beispiel gibt es seit dem Herbst 2025 mit „FriedenImPuls“ ein neues Webinar-Format als Transferangebot für Multiplikator*innen. Darin werden innovative Impulse der Friedenspädagogik vorgestellt und mit den Teilnehmenden für den Transfer in ihre Praxis erarbeitet. Darüber hinaus bauen wir eine Kompetenz- und Koordinationsstelle für Friedensbildung und Konflikttransformation auf. Ihre Angebote richten sich an kirchliche und nichtkirchliche Institutionen, die Begleitung im Umgang mit Konflikten suchen. In der Forschung widmen wir uns den



Bernd Harbeck-Pingel

konzeptionellen Grundlagen der Friedenspädagogik und publizieren die Ergebnisse einer internationalen Tagung, die wir im letzten Sommer veranstaltet haben. Zudem beschäftigen wir uns mit Friedensbildung im Kontext aktueller gesellschaftlicher Spannungsfelder wie der sozial-ökologischen Transformation und der Zunahme antidemokratischer Einstellungen in der Gesellschaft. Gemeinsam mit internationalen Partner*innen arbeiten wir zu Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Welche zentralen Themen möchten Sie in der Lehre vorantreiben?

Melanie Hussak: Friedenspädagogische Lehre umfasst die Vermittlung interdisziplinärer Grundlagen, den Erwerb von Analyse- und Methodenkompetenzen, aber ebenso, globale und gesellschaftliche Gewalt- und Konflikt dynamiken einzuordnen und deren Implikationen für die eigene Profession zu beleuchten. Im Master legen wir zudem großen Wert auf friedensethische Reflexion als Grundlage einer transformativen Bildungsarbeit.

Voranbringen möchte ich die Auseinandersetzung mit der Professionalität friedenspädagogischer Praxis und die Stärkung von Forschungskompetenzen im Studium. Wir werden uns noch intensiver mit Fragen rund um Berufsethik und Kompetenzentwicklung befassen, und wir bieten Unterstützungsformate wie einen begleiteten Einstieg in die Praxis durch Mentoring und Supervision an – etwa durch das Kooperationsprojekt „Friedensstifter*innen“. In regelmäßigen friedenspädagogischen Forschungskolloquien sollen Studierende ihre eigenen Forschungsprojekte vorstellen und mit Fachkolleg*innen diskutieren können. Das gibt es bisher nur in anderen Fachgebieten.

Auch mit Blick auf das Thema Demokratie ist es uns wichtig zu vermitteln, dass Konflikte positiv betrachtet werden sollten – denn sie zeigen einen Bedarf an Bearbeitung an. Demokratien sind Kontroversen und Konflikte inhärent. Ihre Sichtbarkeit ist auch ein Qualitätsmerkmal. Werden Konflikte unterdrückt oder unsichtbar gemacht, trägt das zu einer Homogenisierung von Positionen in der Gesellschaft bei, mit der Folge, dass wichtige Perspektiven marginalisiert und Ungleichheiten reproduziert werden. Wir tendieren in unserer Disziplin oft dazu, uns auf Friedens- und Gewaltkulturen zu konzentrieren. Das ist wich-

tig, muss aber erweitert werden. Eine lebendige Konfliktkultur stärkt unsere Demokratie. Die Friedensbildung leistet einen wichtigen Beitrag, indem sie Räume für gesellschaftliche Bearbeitungs- und Aushandlungsprozesse unter demokratischen Bedingungen eröffnet. Da auch Diskurse um Demokratie zunehmen, bereiten wir unsere Studierenden auf dieses gesellschaftspolitische Spannungsfeld vor.

Interview: Imke Rötger

Verabschiedung von Karen Hinrichs

Gewaltfreie gesellschaftliche Veränderung ist für Karen Hinrichs ein Lebensthema. Als Geschäftsführende Direktorin hat sie das Friedensinstitut Freiburg wesentlich geprägt.

Schon während ihres Lehramtsstudiums sowie im Theologiestudium befasste sich Karen Hinrichs mit der Frage, welches lebensfeindliche Denken in Schulen, Kirchen und nahezu der gesamten Gesellschaft die beiden Weltkriege, die Ideologie des Nationalsozialismus und den Holocaust befördert hat. 1984 war sie Mitgründerin eines Vereins, der die Ethik der Gewaltfreiheit und die Methoden Mahatma Gandhis und Martin Luther Kings verbreitet. Die „Werkstatt für Gewaltfreie Aktion“ gibt es bis heute.

Von 1989 bis 2004 war Karen Hinrichs Pfarrerin in mehreren badischen Gemeinden, 2004 wurde sie zur Oberkirchenrätin der Evangelischen Landeskirche in Baden gewählt. So konnte sie ihre Erfahrungen in den landeskirchlichen Diskussionsprozess zur Friedensethik einbringen.

Ende 2019 erarbeitete sie im Team mit Prof. Dr. Bernd Harbeck-Pingel ein Konzept für ein Friedensinstitut, dessen Umsetzung die Landessynode im gleichen Jahr beschloss. Ab Januar 2020 übernahmen beide als Doppelspitze die Leitung des neuen Instituts. Ebenfalls gemeinsam entwickelten sie



den bundesweit ersten friedenswissenschaftlichen Masterstudiengang Friedenspädagogik. Mit Leidenschaft hat Karen Hinrichs in verschiedenen Studiengängen gelehrt: „Mir ging das Herz auf, wenn beispielsweise Studierende beschrieben, wie sehr sich Soziale Arbeit und Friedensarbeit überschneiden. Oder wenn mir bei einer europäischen Tagung ohne Zögern Praktikumsplätze für Studierende der Friedenspädagogik im Ausland angeboten wurden.“

Auch im Ruhestand wird sich Karen Hinrichs mit Friedensforschung befassen und in der Kirche und Friedensarbeit engagieren, zum Beispiel im Internationalen Versöhnungsbund und in der französisch-deutschen Initiative „Chemins de Paix/Friedenswege“.

Imke Rötger

Argumente sind unverzichtbar

Hochschulen sind neben Forschung und Lehre auch dem Transfer von Wissen und Fertigkeiten in die Gesellschaft verpflichtet. Sie leisten damit einen großen Beitrag für die Verbesserung von Lebenslagen, für mehr Gerechtigkeit. Darüber hinaus festigen sie dadurch die Demokratie.

In Zeiten wachsender Komplexität und gesellschaftlicher Polarisierung ist der Brückenschlag zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit wichtiger denn je. Third Mission als Standbein von Hochschulen – neben Forschung und Lehre – umfasst Wissenstransfer, geht aber auch darüber hinaus: Wissenschaftler*innen treten in einen wechselseitigen Austausch mit Praktiker*innen, politischen Entscheidungsträger*innen, zivilgesellschaftlichen Organisationen – und nicht zuletzt mit Bürger*innen.

Third Mission eröffnet neue Räume für Partizipation, für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse und für die Entwicklung konkreter Lösungen. Sie hat insbesondere dann enorme gesellschaftliche Relevanz, wenn sie zu aktuellen gesellschaftlichen und Zukunftsfragen ins Gespräch geht: etwa mit Betroffenen, die Unterstützung brauchen und die ihre Bedarfe formulieren. Das stärkt zugleich demokratische Kompetenzen auf allen Seiten. Für die Evangelische Hochschule Freiburg ist daher der Dialog, die konstruktive und kontroverse Debatte, das Aushandeln von Perspektiven, das Voneinanderlernen

mehr als nur ein Teil ihres Selbstverständnisses: Es ist ihr Wesenskern. Nicht umsonst lautet unser Slogan: Wir verändern Gesellschaft.

Für SAGE-Hochschulen – also Hochschulen für Angewandte Wissenschaften mit Schwerpunkt auf Soziale Arbeit, Gesundheit, Erziehung und Bildung sowie Angewandte Theologie – wie die EH Freiburg ist Third Mission ein wesentlicher Teil der aktiven Übernahme von Verantwortung für die Gesellschaft. Die Netzwerke der Evangelischen Hochschule umfassen beispielsweise kirchliche Träger und Kommunen, Schulen, Fachverbände, NGOs, Gremien in Ministerien auf Landes- und Bundesebene sowie nationale und europäische Organisationen. Und: Die Professor*innen der EH Freiburg bringen hierfür beste Voraussetzungen mit. Sie haben mehrjährige Berufserfahrung außerhalb der Hochschule und verknüpfen ihre gewachsenen Netzwerke mit Lehre und Forschung. Das macht Wissenschaft anschlussfähig – interdisziplinär wie international. Die Aktivitäten der Wissenschaftler*innen reichen von politischer Beratung bis zur Mitwirkung in Expert*innen-

gremien, von gemeinwohlorientierter Forschung bis zu Weiterbildungsangeboten für Fachkräfte und fachlich Interessierte, vom Mitarbeiten in Thinktanks bis zu öffentlichen Auftritten bei Diskussionsrunden und aktivistischem Engagement. Auf den beiden folgenden Seiten zeigen wir einen Ausschnitt dieses Engagements.

Erwartungsdruck und Neutralität

Sobald Wissenschaft jedoch spürbar relevant ist für politische und gesellschaftliche Diskurse, steigt der Erwartungsdruck besonders, sie müsse „neutral“ sein und dürfe nicht Partei für eine Seite ergreifen. In diesem Zusammenhang werden auch mit wissenschaftlichen Methoden gewonnene Erkenntnisse als Parteinahme disqualifiziert.

Gerade in Zeiten von Fake News, Verschwörungsideologien und Populismus ist es wichtig, dass Wissenschaft selbst ihre Grenzen und Möglichkeiten benennt. Sie beansprucht Neutralität hinsichtlich der Ergebnisse, aber sie bewegt sich immer auch in einem Kontext: der Forschenden, der Gesellschaft, der Politik. (Selbst-)Kritische Reflexion und Weiterentwicklung der Forschung und ihrer Ergebnisse sind daher stets notwendig. Und Erkenntnisse müssen belegt und begründet, nicht zuletzt verständlich kommuniziert werden.

An der EH Freiburg gehen Forschung, Lehre und Third Mission Hand in Hand: Wissenschaftliche Beratung, partizipative Projekte und Dialogformate sowie Wissenstransfer basieren auf fachwissenschaftlicher Expertise und die Arbeitsprozesse müssen nachvollziehbar sein. Third Mission wird so zur Chance: Sie verortet Wissenschaft in der Gesellschaft und stärkt ihre Anschlussfähigkeit.

Messbare Wirksamkeit

Die Wirkung von Third-Mission-Aktivitäten ist oft indirekt, manchmal erst zu einem späteren Zeitpunkt erkennbar und stark kontextabhängig. Kurz: Sie ist schwer messbar. Messbar wird ihre Wirksamkeit dann, wenn sie einen konkreten Beitrag zur Lösung drängender Herausforderungen leistet, etwa bei der Sicherung von Fachkräften in Pädagogik und Sozialer Arbeit, der Stärkung psychischer Gesundheit bei Kindern, Jugendlichen und Familien, der inklusiven Gestaltung von Bildung und Teilhabe oder der Integration von geflüchteten Menschen.

Unverzichtbar für Demokratie

Was wäre, wenn Hochschulen sich aus gesellschaftlichen Diskursen zurückziehen würden? Wenn wissenschaftlich fundierte Perspektiven in öffentlichen Debatten keinen Raum mehr fänden? Die Folgen wären gravierend: Das Vertrauen in die Wissenschaft würde weiter erodieren und dadurch Desinformation und Manipulation begünstigt werden. Individuelle wie politische Meinungsbildungsprozesse würden sich an den ‚Lautesten‘ orientieren, Bedarfe der ‚Schwächeren‘ würden in den Hintergrund gedrängt.

Kaum vorstellbar, dass eine demokratische Gesellschaft freiwillig auf argumentative Auseinandersetzung und damit auf Weiterentwicklung verzichtet. Anhand einiger Beispiele für Third Mission auf den folgenden Seiten wird deutlich, wie die Forschung der EH Freiburg dazu dient, demokratische Gesellschaften resilient zu machen: Hierfür braucht es vor allem die relevanten Qualifikationen und die Kompetenz, Positionen argumentativ auszutauschen und auszuhandeln.

Beispiele für Third Mission an der EH Freiburg

Interreligiöse Weiterbildung Seelsorge im Justizvollzug

Die bundesweit erste interreligiöse Qualifikation für seelsorgliche Begleitung im Justizvollzug – vor allem von Gefangenen, deren Angehörigen und auch den in Justizvollzugsanstalten arbeitenden Bediensteten. Sie startet zum Wintersemester 2025 mit einer Dauer von 18 Monaten. Seelsorgende unterschiedlicher Religionszugehörigkeit qualifizieren sich für die Arbeit im deutschen Vollzugssystem mit vielfach belasteten Menschen. In den Gesprächen mit Seelsorger*innen geht es vor allem um die Bewältigung des Haftalltags und persönlicher Krisen, um Sinn- und Glaubensfragen, das Feiern von Gottesdiensten – und auch um das Be- und Aufarbeiten von Schuld.

Update Asylrecht

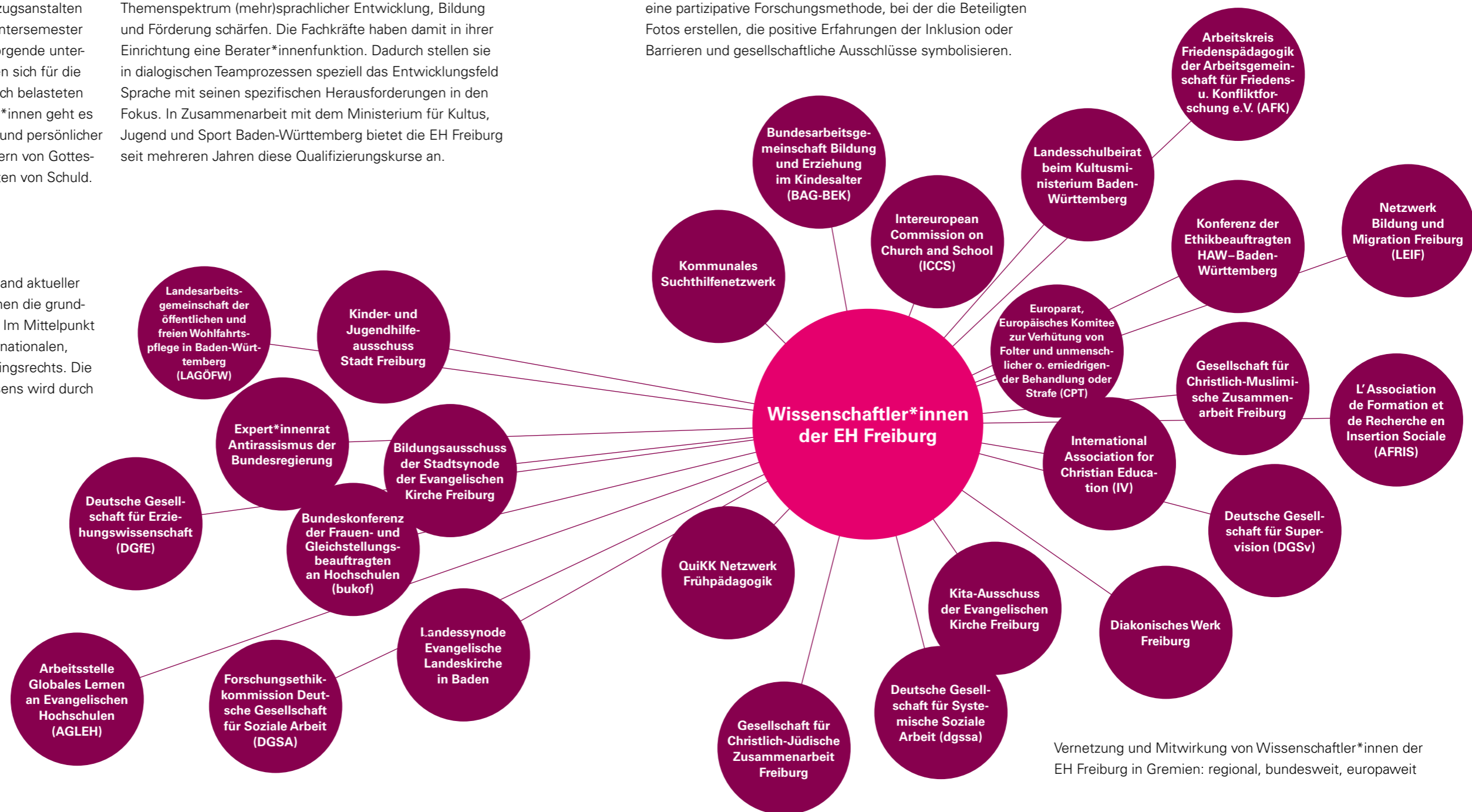
Diese zweitägige Weiterbildung vermittelt anhand aktueller Beispiele und im Kontext laufender Diskussionen die grundlegenden Normen im Bereich Flucht und Asyl. Im Mittelpunkt stehen die wesentlichen Grundlagen des internationalen, europäischen und deutschen Asyl- und Flüchtlingsrechts. Die praxisnahe Anwendung des erworbenen Wissens wird durch konkrete Fallbeispiele gefördert.

Sprache und Kommunikation in Kitas

Mit dieser Fortbildung können Fachkräfte für Sprache und Kommunikation das Profil ihrer Kita im facettenreichen Themenspektrum (mehr)sprachlicher Entwicklung, Bildung und Förderung schärfen. Die Fachkräfte haben damit in ihrer Einrichtung eine Berater*innenfunktion. Dadurch stellen sie in dialogischen Teamprozessen speziell das Entwicklungsfeld Sprache mit seinen spezifischen Herausforderungen in den Fokus. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg bietet die EH Freiburg seit mehreren Jahren diese Qualifizierungskurse an.

InklVoice – Partizipative Forschung zur Überwindung von Inklusionsbarrieren

Das Projekt befasst sich mit der Inklusion von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen in der Region Breisgau-Hochschwarzwald und Freiburg. Ziel ist es, gemeinsam mit Erfahrungsexpert*innen und Angehörigen herauszufinden, wie Inklusion in der Region gestaltet und Barrieren abgebaut werden können. InklVoice nutzt die Methode des „Photovoice“, eine partizipative Forschungsmethode, bei der die Beteiligten Fotos erstellen, die positive Erfahrungen der Inklusion oder Barrieren und gesellschaftliche Ausschlüsse symbolisieren.



Vernetzung und Mitwirkung von Wissenschaftler*innen der EH Freiburg in Gremien: regional, bundesweit, europaweit



EINMISCHEN LOHNT SICH

Rechtsautoritäre Bewegungen nehmen Einfluss auf Sozial- und Bildungspolitik – und greifen zunehmend Wissenschaft und Professionen an. Wie Soziale Arbeit und Pädagogik darauf reagieren und selbst zu demokratischer Resilienz beitragen können, das war Thema eines Studientags an der Evangelischen Hochschule Freiburg.

Mit rund 450 Teilnehmenden übertraf der Studientag „Umkämpfte Demokratie – Pädagogik und Soziale Arbeit im Kontext von Rechtsextremismus“ alle Erwartungen und entwickelte sich zur bisher größten Veranstaltung an der EH Freiburg. Der Studientag ist allerdings weit mehr als ein Einzelereignis: Er macht sichtbar, wie Lehre, Forschung und Transfer ineinandergreifen und wie Studierende selbst aktiv gestalten.

Ein hochaktuelles Thema mit langer Geschichte

Schon seit vielen Jahren beschäftigt sich Initiatorin Gesa Köbberling, Professorin für Soziale Arbeit an der EH Freiburg, mit extrem rechten Bewegungen. „Extreme Rechte gab es in Deutschland immer, aber die Aufmerksamkeit dafür kommt und geht in Wellen“, so Köbberling. Dass dieses Thema derzeit wieder zentral ist, hat mehrere Gründe. „Die politischen Entwicklungen der letzten Jahre – insbesondere der Aufstieg der AfD – haben eine neue Qualität. Rechte Kräfte sind nicht nur lautstärker, sie sind organisierter, präsenter geworden und inzwischen in vielen Bundesländern parlamentarisch verankert“, sagt sie. Das macht sich überall bemerkbar – in der politischen Öffentlichkeit, in den Medien, in der Wissenschaft, aber auch in den sozialen Berufen. Besonders betroffen: all jene Bereiche, die sich für Diversität, Teilhabe, Gerechtigkeit und Inklusion einsetzen.

Aktuelle Beispiele reichen von rechten Kampagnen gegen sexuelle Bildung über Angriffe auf Projekte mit Geflüchteten bis hin zu Einschüchterungen von Einrichtungen, die sich explizit der Demokratieförderung verpflichten oder gegen Diskriminierung positionieren. Das sind allerdings nicht nur Angriffe von außen: Denkweisen der extremen Rechten lassen sich ebenfalls bei Wissenschaftler*innen, Studierenden und Praktiker*innen beobachten, ob bewusst oder unbewusst, organisiert oder vereinzelt. Köbberling plädiert für einen nüchternen Blick: „Auch in unseren Professionen gibt es antidemokratische Tendenzen, die vielleicht gerade wieder offener zutage treten.“ Ein Bereich, der dabei oft übersehen werde, sei der Antiziganismus. „Diskriminierung gegenüber Sinti und Roma ist weit verbreitet – auch in der Sozialen Arbeit. Und sie ist historisch tief verwurzelt. Wenn wir Demokratieförderung ernst meinen, müssen wir auch kritisch die eigenen Traditionen und aktuellen Praxen in den Blick nehmen.“ Hier sei noch viel Aufarbeitung nötig.

Warum ein Studientag?

Der Studientag steht exemplarisch für das Selbstverständnis der EH Freiburg als Hochschule, die aktiv gesellschaftliche Debatten gestaltet: mit Forschung, mit Transfer und mit Haltung. „Wir sehen, dass Wissenschaft selbst zum umkämpften Raum geworden ist“, sagt Köbberling. Von der Klimaforschung über Gender Studies bis zur postkolonialen Theorie – viele Bereiche geraten ins Visier. Umso wichtiger sei es, den Raum Hochschule als Ort demokratischer Auseinandersetzung sichtbar zu behaupten.

Ziel sei es, Studierende zu befähigen, sowohl eigene Haltungen zu entwickeln, als auch die gesellschaftliche Dynamik differenziert zu analysieren. „Es reicht nicht, ein Argumenta-

tionstraining zu besuchen“, so Köbberling. „Man muss auch verstehen, wo eigene Handlungsräume sind und wo ihre Grenzen liegen.“ Gleichzeitig entstehen durch Veranstaltungen wie diesen Studientag nachhaltige Netzwerke. So waren neben der EH Freiburg die Pädagogische Hochschule Freiburg, das Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) der Universität Tübingen, der Verein FAIRburg e. V. sowie das Kinder- und Jugendzentrum Weingarten Kooperationspartner*innen. Akteur*innen aus Praxis und Forschung tauschten sich über Strategien aus, etwa wie sie auf Angriffe auf ihre Arbeit reagieren oder wie sie in ihren Teams professionell mit antidemokratischen Äußerungen umgehen. Die Resonanz zeigt: Es besteht ein großes Bedürfnis nach Austausch und Vernetzung.

Der Studientag war als offener Lern- und Begegnungsraum konzipiert. Die Referent*innen kamen aus ganz Deutschland, überwiegend aus Baden-Württemberg. Viele stimmten schnell zu, sich daran zu beteiligen – aus der Überzeugung, dass dieser Austausch gesellschaftlich dringend nötig ist. Rund 20 Studierende der EH Freiburg organisierten mit: Sie planten das Programm, führten Recherchen durch, vernetzten sich mit Praxispartner*innen, erstellten Förderanträge und kümmerten sich um Logistik. Diese intensive Projektarbeit sei ein wichtiges Element für gelebte Demokratiebildung: „Die Erfahrung, mit etwas Großem zu starten, von der theoretischen Auseinandersetzung ins Handeln zu kommen, Verantwortung zu übernehmen – das stärkt nicht nur fachlich, sondern auch persönlich“, betont Köbberling.

Räume schaffen. Impulse geben. Mut machen

Was bleibt nach einem Tag voller Diskussionen, Workshops und Begegnungen? Für Köbberling ist klar: „Wir können nicht mit einem Tag alle Fragen beantworten. Aber wir können Räume schaffen. Impulse geben. Mut machen.“ Demokratie sei nicht nur ein großes politisches Ziel, sie beginne im Studium und der Lehre der Sozialen Arbeit, im Gespräch, im Alltag. Es gehe darum, die Orientierung am Leitbild einer pluralen Demokratie, an den Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit als unumstößliche fachliche Grundlagen zu verteidigen.

Der Studientag selbst war von einer fröhlichen Stimmung geprägt, die scheinbar im Kontrast zu den bedrückenden Themen stand. Vielleicht ist genau das die Botschaft dieses besonderen Tages: Dass es guttut, sich gemeinsam mit der bedrohlichen Situation auseinanderzusetzen. Dass es sich lohnt, sich einzumischen. Dass Hochschule ein Ort sein kann, an dem eine demokratische Gesellschaft gestaltet wird – analytisch, diskursiv, kritisch und gemeinsam.

Protokoll: Melanie Geppert

eine Agenda

CELIS markiert einen neuen Qualitätsstandard der trinationalen Kooperation in der Sozialen Arbeit zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Ziel ist es, Studiengänge kompatibel zu gestalten, gemeinsame Weiterbildungsangebote zu entwickeln, den Austausch in Praxis und Forschung zu fördern – etwa im Kinderschutz, Fachkräfte zu mobilisieren und sie für das Dreiländereck fit zu machen.

Ein starkes demokratisches Europa entsteht nicht qua Beschluss auf Gipfeltreffen, sondern es wächst in der stetigen Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Der Europäische Campus für Soziale Arbeit, kurz CELIS, schafft hierfür gute Bedingungen. CELIS steht für die französische Bezeichnung „Campus européen de l'Intervention sociale“. Gefördert wird es durch das Programm „Interreg der Europäischen Union“, die Région Grand Est und das Collectivité Européenne d'Alsace. Interreg, offiziell „Europäische territoriale Zusammenarbeit“, ist Teil der Struktur- und Investitionspolitik der EU. Die Evangelische Hochschule Freiburg ist als erfahrene Partnerin im Dreiländereck von Beginn an beteiligt – mit einem besonderen Schwerpunkt: dem grenzüberschreitenden Kinderschutz.

Damit im Dreiländereck die Zukunftsaufgaben geschultert werden können, werden Fachkräfte der Sozialen Arbeit und Pädagogik mit spezifischen Qualifikationen gebraucht. Notwendig sind neben Sprachkenntnissen vor allem Fachkenntnisse über rechtliche Rahmenbedingungen, Trägerstrukturen, kulturelle Selbstverständnisse, Werte und Normen. Neu ist, dass im CELIS-Verbund Hochschulen und Praxisakteur*innen, beispielsweise Landkreise, Städte und Trägerstrukturen, gleichwertige Partner*innen sind.

Langjährige Erfahrung als wichtige Ressource

Die Zusammenarbeit im Dreiländereck ist für die EH Freiburg kein Neuland. Sie knüpft an ihre über 30-jährige Erfahrung aus der Hochschulkooperation RECOS an, der Confédération des écoles Supérieures en Travail Social de la Région, der Konföderation der Hochschulen des Sozialwesens in der Region. Der RECOS-Verbund bildet die Grundlage für CELIS, das jetzt auch Akteur*innen aus allen drei Ländern und aller Strukturebenen zusammenführt.

Die Internationalisierung zählt zu den strategischen Schwerpunkten der Evangelischen Hochschule, unterstützt durch den Senat Internationalisierung und ein europaweit vernetztes International Office. Die Hochschullehrenden richten beispielsweise ihre Lehre bi- und trinational aus, führen mit Kolleg*innen der Partnerhochschulen gemeinsame Studienprojekte und Lehrveranstaltungen durch und erarbeiten gemeinsame Curricula. Auch Verwaltungsmitarbeitende sind seit Projektbeginn dabei. Mit ihren teils bilingualen Kompetenzen erleichtern sie erheblich die Kommunikation im Projekt.

Durch RECOS hat die EH Freiburg bereits einen bilateralen Vertrag mit der École Supérieure Européenne de l'Intervention Sociale (ESEIS) in Straßburg: Studierende beider Hochschulen, die das RECOS-Programm absolvieren, erhalten einen Doppelabschluss. Dieser ist in beiden Ländern anerkannt und eröffnet

damit gute berufliche Chancen in Frankreich und Deutschland. Ab Wintersemester 2025/2026 bieten auch weitere Hochschulen aus dem CELIS-Verbund diese Möglichkeit.

Kinderschutz ist ein Kernanliegen

Im Rahmen von CELIS werden drei Aktionsforschungsprojekte in Kooperation von Wissenschaftler*innen und Fachkräften aus der Praxis durchgeführt: „Bewegung, Sport und Inklusion“, „Nachhaltigkeit und Quartier“ sowie „Kinderschutz“. Letzteres wird gemeinsam von der EH Freiburg und der ESEIS verantwortet. Ziel ist es, tragfähige, kultursensible und systemübergreifende Strategien und Strukturen für den Kinderschutz in der trinationalen Oberrheinregion zu entwickeln. Ein Beispiel: Eine Mutter lebt mit ihrem Kind in Frankreich. Das Kind geht in Deutschland in die Schule, weil dort zuvor der Erstwohnsitz war und der Vater dort lebt. Die Schule stellt fest, dass es einen Hilfebedarf gibt, der an das Jugendamt in Deutschland gemeldet wird. Dadurch entstehen viele Fragen: Was versteht man unter „Kindeswohlgefährdung“ in Deutschland, Frankreich oder der Schweiz? Wer ist für die Finanzierung zuständig? Wer bahnt die Hilfe auf welcher behördlichen Ebene an? Und die Unterschiede zwischen den drei Ländern sind groß.

Für Sibylle Fischer, RECOS- und CELIS-Beauftragte der EH Freiburg, gibt es im Kinderschutz große Herausforderungen, aber auch erste Erfolge. Bereits vor dem Projekt CELIS war sie an dem „Vademecum für einen grenzüberschreitenden Kinderschutz“ beteiligt, einem Handbuch, das die Systeme in Deutschland und Frankreich gegenüberstellt. Außerdem bietet es ein deutsch-französisches Glossar, grenzüberschreitende Fallbeispiele, einen Leitfaden zur Vorbereitung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie Schaubilder der Verwaltungssysteme und des Kinderschutzes. Gleichzeitig sollen Fallanalysen zeigen, wie grenzüberschreitende Zusammenarbeit konkret funktioniert. Diese Erkenntnisse fließen in Forschung und Lehre ein. Nun wird durch CELIS auch die Schweiz einbezogen.

Die CELIS-Expert*innengruppe Kinderschutz mit Forschenden, Studierenden und Fachkräften trifft sich regelmäßig an wechselnden Orten im Dreiländereck, um sich über Herausforderungen zu informieren und bewährte Praktiken abzustimmen.

Aktuelle Fragestellungen sind beispielsweise: Welche Kooperationsstrukturen bestehen bereits und wie findet die Zusammenarbeit statt? Wie gelingt kultursensibler Kinderschutz in einem transnationalen Raum? Wie müssen gemeinsame Schemata für die Gefahreinschätzung aussehen, die künftig in der Praxis angewendet werden können?



Mit Unterschieden rechnen

Im Projektalltag ist Kommunikation immer wieder eine Herausforderung: zwischen allen Akteur*innen. Unterschiedliche semantische Konnotationen und Mentalitäten erfordern ein Miteinander, das mit Unterschieden rechnet. Nicht zuletzt geht es auch um Sprachkenntnisse. Für Hochschulmitarbeitende, Praxispartner*innen und Studierende gibt es inzwischen Tandem-Sprachkurse: Es geht um Französisch und Deutsch, um dann in der neu erlernten Sprache miteinander zu diskutieren: Das ist oft überraschend und öffnet Perspektiven auf das Gegenüber.

Gesellschaftliche Relevanz zeigen

Das Engagement der EH Freiburg für RECOS und CELIS zeigt exemplarisch, welche gesellschaftliche Bedeutung Hochschulen für Angewandte Wissenschaften haben – über nationale und institutionelle Grenzen hinaus. Sibylle Fischer betont: „Ich bin überzeugt, dass wir zum Ende der CELIS-Förderphase ein solides Fundament für eine nachhaltige Zusammenarbeit im Dreiländereck gelegt haben. Und dass CELIS dazu beiträgt, die Soziale Arbeit in Europa zukunftsfähig zu machen.“

Melanie Geppert

DIE GROSSE FRAGE



WANN KOMMT DAS ZEUGNISVERWEIGERUNGS- RECHT?

Es antwortet Helen Breit, Professorin für Wissenschaft Soziale Arbeit. Sie ist überzeugt, dass das Zeugnisverweigerungsrecht elementar für die Soziale Arbeit – und längst überfällig ist. Auch unser Rechtsstaat und unsere Demokratie würden davon profitieren.

Schauen wir kurz zurück: Im Oktober 2024 wurden Mitarbeitende des Fanprojekts Karlsruhe in einer zweitägigen Verhandlung vor dem Amtsgericht wegen versuchter Strafvereitelung in 21 Fällen zu je 90 Tagessätzen verurteilt. Der Fall geht in die nächsthöhere Instanz. Fanprojektmitarbeitende hatten der ermittelnden Staatsanwaltschaft die Informationen über ihre Adressat*innen, die sie im Rahmen ihrer Tätigkeit als Sozialarbeitende gewonnen haben, nicht mitgeteilt. Sie haben also die Vertrauensgrundlage ihrer alltäglichen Arbeit höher gewichtet als mögliche persönliche Folgen. Wären sie beispielsweise Psychotherapeut*innen gewesen, hätten sie eine Zeugenaussage verweigern können. Sozialarbeitende haben jedoch nur in der Drogenhilfe und Schwangerschaftskonfliktberatung ein Zeugnisverweigerungsrecht. Seither wird in der Fachcommunity wieder verstärkt über die Notwendigkeit eines Zeugnisverweigerungsrechts für Sozialarbeitende debattiert. Weil sich dieser Fall im Fußballkontext ereignet und unter anderem große Reaktionen in den Fanszenen hervorgerufen hat, hatte auch das Fußballmagazin „Kicker“ darüber geschrieben. Das hat dem Thema eine große Öffentlichkeit weit über die Soziale Arbeit hinaus eingebracht.

Dabei ist es nicht der erste Fall dieser Art; das „Bündnis für ein Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit“ dokumentiert die Fälle intern. Sozialarbeitende sind in unterschiedlichen Handlungsfeldern betroffen: von Opferberatungsstellen über Hilfen zur Erzie-

hung bis zur Wohnungslosenhilfe. Bisher gibt es keine systematische Erfassung von Situationen, in denen Sozialarbeitende Zeugenaussagen ablehnen, um ihre Arbeit nicht zu beschädigen. Soziale Arbeit findet meist unter dem Radar der Öffentlichkeit statt, so dass diese Problematik kaum bekannt ist. Und das, obwohl Sozialarbeitende Themen bearbeiten, die für die Gesellschaft hochrelevant sind, die sie zusammenhält. Nun rütteln die Schicksale dieser Mitarbeitenden im Fanprojekt auf: In keinem anderen Beruf geht man das Risiko ein, durch berufliches Handeln privat einen massiven Schaden wie Geld- oder Gefängnisstrafe, aber auch einen hohen Reputationsverlust davonzutragen.

Wir brauchen das Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit. Es schützt das Vertrauen zwischen Klient*innen und Sozialarbeitenden als Arbeitsgrundlage von Sozialer Arbeit, denn Sozialarbeitende bauen professionell Beziehungen zu ihren Klient*innen auf und gestalten sie. Durch diese vertrauensvollen Arbeitsbeziehungen und -bündnisse können sie erst in ihrer Arbeit wirksam werden. Warum also haben wir das Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeitende nicht längst?

Ich erlebe immer wieder, dass zum Beispiel Akteur*innen in der Politik nicht gegenwärtig ist, was Soziale Arbeit heute ist, wie sie organisiert und strukturiert ist, wie umfassend das Studium ist, das erst zu einer Tätigkeit in der Sozialen Arbeit qualifiziert. Die Menschen aus dem „Bündnis für ein Zeugnisverweigerungs-

recht in der Sozialen Arbeit“ vermitteln deshalb berufsfremden Personen die Realität in der Sozialen Arbeit. Jedoch spiegelt die Antwort der vorherigen Bundesregierung auf die Kleine Anfrage zum Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit von Dezember 2023 die vielfältigen und großen Entwicklungen in der Sozialen Arbeit seit den 70er-Jahren keineswegs wider. Wichtige Stichworte sind hier Akademisierung und Diversifizierung. Soziale Arbeit hat sich als wissenschaftliche Disziplin entwickelt, der staatliche Auftrag hat sich stark ausgeweitet und die Anforderungen an Sozialarbeitende sind komplexer geworden. Statt an einer aktualisierten Einschätzung orientiert sich auch die frühere Bundesregierung an einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1972. Das Gericht kam damals zu dem Schluss, dass der Gesetzgeber nicht verpflichtet sei, ein Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeitende in die Strafprozessordnung aufzunehmen. Eine Begründung war, dass das Berufsbild noch nicht klar umrissen sei und innerberufliche Kontrollinstanzen fehlen würden. Doch auch schon damals wurde der Gesetzgeber auf den Spielraum hingewiesen, die Grundlage für ein Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit zu schaffen. Heute ist das Berufsbild klar umrissen, jedoch ist der Wirkungsbereich von Sozialer Arbeit vielseitig und komplex. Wenn ich Ärztin bin – oder Arzt, dann können sich alle etwas darunter vorstellen. Bei Sozialer Arbeit ist es anders: Viele Menschen haben keine Berührung mit ihr, sie kennen weder ihre Tätigkeitsfelder noch

die notwendigen Rahmenbedingungen. Hier ist also auch noch viel zu tun, mehr Information, mehr Hintergrundwissen zu vermitteln, vor allem darüber, wie elementar Vertrauen und Vertrauensschutz sind.

Aus meiner Sicht kann das Fehlen des Zeugnisverweigerungsrechts auch so gedeutet werden, dass der Gesetzgeber unterstellt, Soziale Arbeit könne nicht verantwortungsvoll mit diesem Recht umgehen. In der Sozialen Arbeit gibt es klassisch ein Doppelmandat, der gesellschaftliche Auftrag ist immer Hilfe und Kontrolle zugleich. Das bedeutet – verkürzt gesagt –, dass Sozialer Arbeit einerseits die Aufgabe zukommt, Menschen entlang ihrer Hilfebedarfe zu unterstützen und zu begleiten, und andererseits auch gesetzliche Vorgaben und gesellschaftliche Erwartungen zu berücksichtigen. Beispielsweise bei Kindeswohlgefährdungen den Schutz von Menschen oder etwa bei Straffälligkeit eine zukünftig deliktfreie Lebensführung zu ermöglichen. Dabei muss Soziale Arbeit für ihre Adressat*innen in kritischer Weise Partei ergreifen, ohne dabei andere gesellschaftliche Erwartungen auszublenden. Soziale Arbeit setzt mit den Hilfs- und Unterstützungsleistungen bei den Individuen an und weiß zugleich darum, dass individuelle Problemlagen häufig gesellschaftlich bedingt sind. Für Soziale Arbeit ist es konstitutiv, in diesen hier angedeuteten und in vielen weiteren Spannungsfeldern zu arbeiten. Genau diese Balance zu halten, sie immer wieder auszutarieren und Widersprüche auszuhalten, ist ein Kern professionellen Handelns in der Sozialen Arbeit. Würde Soziale Arbeit über ein Zeugnisverweigerungsrecht verfügen, würde sie sich auch mit diesem in diesen Spannungsfeldern bewegen: Ihr würde gesetzlich das Recht zugestanden werden, abzuwägen, wann eine Zeugenaussage angemessen wäre und wann sie dem gesellschaftlichen Auftrag

der Hilfe entgegenstehen würde. Ich bin mir sicher, dass Soziale Arbeit dieses weitere Spannungsfeld genauso umsichtig bearbeiten würde, wie es bei den vielen anderen bisher der Fall ist.

Mit Blick auf den Themenschwerpunkt dieses Magazins würde ich betonen: Sozialarbeitende stützen und schützen durch ihre Arbeit mit ihren Klient*innen – ebenso wie beispielsweise Jurist*innen den Rechtsstaat und die Demokratie. Beide Professionen arbeiten jedoch mit unterschiedlichen Mitteln. Gelegentlich begegnet mir der Vorwurf, dass Sozialarbeitende mit einem Zeugnisverweigerungsrecht potenziell Täter*innen schützen würden. Das verkennt das professionelle Handeln im eben thematisierten Spannungsfeld von Hilfe und Kontrolle, reduziert die Debatte auf einzelne Fallkonstellationen und suggeriert, dass Sozialarbeitende, wenn sie mit einem Zeugnisverweigerungsrecht ausgestattet wären, keine Aussagen mehr machen würden. Doch es geht nicht um eine Schweigepflicht vor Gericht. Es geht darum, in Einzelfällen Aussagen verweigern zu dürfen – ein entscheidender Unterschied. Ein Zeugnisverweigerungsrecht für die Soziale Arbeit wäre kein Verlust potenzieller Zeug*innen für den Staat, sondern im Gegenteil ein Gewinn. Weil die Soziale Arbeit hierdurch als gesellschaftliche Akteurin über andere Wege Menschen in ihrer Lebensführung unterstützen kann, etwa mit Blick auf Gemeinschaftsfähigkeit und sozialen Zusammenhalt.

Wann also kommt das Zeugnisverweigerungsrecht? Um den Prozess seiner Einführung zu beschleunigen, brauchen wir die Vertreter*innen der etablierten Professionen, etwa Jurist*innen, Pfarrpersonen und Ärzt*innen an unserer Seite, die bereits das Zeugnisverweigerungsrecht haben und die erkennen, dass es für die Soziale Arbeit ebenfalls notwendig ist, damit alle – jeder Berufs-

zweig mit seiner Zuständigkeit und Professionalität – dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft möglichst gut und gerecht funktioniert.

Wir müssen dieses Thema auf allen Ebenen platzieren, dort, wo Soziale Arbeit tätig ist, in der Politik, in der Gesellschaft insgesamt. An unserer Hochschule können wir einiges dazu beitragen und den Diskurs im Studium der Sozialen Arbeit sowie in den lokalen, regionalen und bundesweiten Netzwerken und Arbeitsgemeinschaften vorantreiben. Ich selbst bearbeite dieses Thema derzeit vorwiegend in der Verschränkung mit dem „Bündnis für ein Zeugnisverweigerungsrecht für Soziale Arbeit“. Wichtig wären auch Ressourcen für ein Forschungsprojekt, das die Konsequenzen des fehlenden Zeugnisverweigerungsrechts für Sozialarbeitende, für deren Klient*innen und für die Gesellschaft untersucht. Dann könnten Forschungsergebnisse in Verbindung mit Fachargumenten und Erfahrungen überzeugen und die Tür für die notwendige Reform weiter aufstoßen.

Protokoll: Imke Rötger

Abschiede aus dem Hochschuldienst

Prof. Dr. habil.

Wilhelm Schwendemann

lehrt dialogisch, denkt interdisziplinär und wirkt über Konfessions- und Landesgrenzen hinaus. 30 Jahre prägte er das interreligiöse Profil der Evangelischen Hochschule Freiburg mit.



Bevor Wilhelm Schwendemann 1995 auf die Professur für Evangelische Theologie, Schul- und Religionspädagogik an der EH Freiburg berufen wurde, war er Pfarrer der Evangelischen Landeskirche in Baden und unterrichtete Evangelische Religion, Philosophie und Hebräisch am Gymnasium. Wilhelm Schwendemann wurde an der damaligen Gesamthochschule Kassel in Theologie promoviert und hat in Judaistik und Religionssoziologie graduiert. Ein erstes Ausrufezeichen setzte er 1999 mit dem Landeslehrpreis Baden-Württemberg für innovative Lehre. Zwei von ihm angestoßene Kongresse zur Schulsozialarbeit führten zur Einrichtung der ersten Stellen an Haupt-, Real- und Werkrealschulen, etwa in Freiburg. Er leitete Studien zu Antisemitismusprävention, Kinder- und Jugendtheologie sowie Polizei- und Pflegeethik. Seine Lehre war subjekt- und beziehungsorientiert. Projekte entwickelte er am liebsten gemeinsam mit Studierenden und Kolleg*innen.

Internationale Studienfahrten, interkulturelle Kooperationen und das Netzwerken gehörten ebenso zu seinem Wirken wie sein Einsatz gegen Antisemitismus und Rassismus – beispielsweise durch die Gründung des Freiburger Instituts für Menschenrechtspädagogik (FIM). Für sein Bemühen um den christlich-jüdischen Dialog wurden 2025 zwei Projekte unter seiner Leitung mit dem Lotte-Paepcke-Preis ausgezeichnet. Ohne ihn gäbe es das Hochschulabkommen zwischen der Christlichen Theologischen Akademie Warschau (ChAT) und der EH Freiburg zum fachlichen Austausch und gemeinsamen Lehr- und Forschungsprojekten nicht.

„Ich bin mit Leib und Seele Lehrer, aber auch Pfarrer!“ Deshalb war und ist Wilhelm Schwendemann über Jahrzehnte hinweg im Konfirmationsunterricht, in der Schulseelsorge und als Prediger aktiv. Und der Ruhestand? „Langweilig wird es mir nicht werden“, sagt er. Wer ihn kennt, glaubt das sofort.

Melanie Geppert

Prof.in Dr.in Dörte Weltzien

setzt sich mit Leidenschaft für ein gutes Aufwachsen aller Kinder ein. Seit 2009 war sie Professorin für Kindheitspädagogik.



Eigentlich war es ein Zufall, der sie auf diesen Weg brachte: Nach ihrer Promotion erhielt sie 2004 das Angebot, an der Fachhochschule Koblenz einen der ersten kindheitspädagogischen Studiengänge mit aufzubauen. Für die Evangelische Hochschule Freiburg entschied sie sich gezielt – vor allem wegen der exzellenten Forschungsmöglichkeiten am Zentrum für Kinder- und Jugendforschung (ZfKJ), das sie ab 2010 gemeinsam mit Klaus Fröhlich-Gildhoff leitete.

Zu ihren Schwerpunkten zählten Interaktions- und Beziehungsgestaltung, Kompetenz- und Qualitätsentwicklung in Kitas sowie Vielfalt und Inklusion. Besonders wichtig war ihr der Bereich Teamentwicklung, denn die bedarfsorientierte Teamzusammensetzung ist entscheidend für gute Begleitung. Unter ihrer maßgeblichen Beteiligung startete 2011 erstmals der Masterstudiengang Bildung und Erziehung im Kindesalter (BEK), der Spitzenkräfte in Forschung und Praxis qualifiziert. Sein forschungsorientiertes Profil ist bundesweit eine Besonderheit. Außerdem hat Dörte Weltzien aktiv an der Gründung des „Studiengangstags Pädagogik der Kindheit“ mitgewirkt – einer wichtigen Interessenvertretung von rund 50 Studiengängen der Kindheitspädagogik aller Hochschultypen.

Über 16 Jahre lang prägte Dörte Weltzien Lehre, Forschung und Praxis der Kindheitspädagogik – und das über die EH Freiburg hinaus. Herzstück ihrer Arbeit waren Qualitätsentwicklungsprogramme, die die Teilhabe von Kindern im Kita-Alter sichern sollten. Ein Beispiel ist die Qualitätsentwicklung

bindungsbezogener Interaktionen pädagogischer Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen (Quebln), ein vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt gefördertes Forschungsprojekt: „Die Kita-Praxis braucht andere Rahmenbedingungen, darunter bessere Personalschlüssel, kleinere Gruppen und mehr akademisch qualifizierte Fachkräfte“, betont Weltzien. Ungleichheit, Diskriminierung und Ausgrenzung dürften nicht hingenommen, sondern müssten gesellschaftlich auf allen Ebenen bekämpft werden.

Dafür setzte sie sich auch über die Hochschule hinaus ein, etwa in der Politikberatung. Von 2020 bis 2021 leitete sie für das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg die Evaluation des Orientierungsplans Baden-Württemberg und für das damalige Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die Evaluation des Bundesprogramms „Fachkräfteoffensive – Erzieherinnen und Erzieher: Nachwuchs gewinnen, Profis binden“.

Die Begegnung mit jungen, motivierten Menschen an der Hochschule ist ihr besonders in Erinnerung. Sie freut sich sehr, wenn Absolvent*innen ihr berichten, wie viel sie aus den Seminaren mitgenommen haben. „Eine Professur ist eine wunderbare Möglichkeit, sich mit Überzeugung und großem Gestaltungsraum zu engagieren“, resümiert sie.

Melanie Geppert

Prof.in Dr.in
Renate Kirchhoff

Streit um Realität

Demokratie und demokratiefeindliche Strömungen sind bei uns Gegenstand von Forschung, Lehre und Third Mission inklusive Weiterbildung. Ein Beispiel hierfür ist das Forschungsprojekt „Soziale (Un-)Gerechtigkeit in der Energiewende“, das die Evangelische Hochschule mit der TU Dortmund und dem Ökoinstitut durchführt. Hierbei geht es darum, besser zu verstehen, wie Menschen auf die mediale Berichterstattung zur Energiewende, insbesondere in den sozialen Medien reagieren und welche Argumentationsmuster es gibt. Ein weiteres Beispiel ist unser Studientag „Umkämpfte Demokratie. Pädagogik und Soziale Arbeit im Kontext von Rechtsextremismus“. Die Teilnehmenden befassten sich damit, wie darauf reagiert werden kann, dass Wissenschaft zum umkämpften Raum geworden ist (s. S. 18).

Für uns ist das wissenschaftliche Arbeiten untrennbar damit verbunden, an Fragen der persönlichen Haltung unserer Studierenden zu arbeiten. Wir befähigen Studierende einerseits zu wissenschaftlichem Arbeiten, damit sie die Instrumente haben, um die Wirklichkeit zu analysieren und um die Beschreibung der Wirklichkeit zu streiten. Andererseits wollen wir Studierenden eine Wertebildung ermöglichen, damit sie vom Beschreiben zum Handeln kommen können. Gerade dies prägt unseren Hochschultyp HAW in besonderer Weise.

Auf funktionalisierte Beschreibungen der Realität – etwa durch Rechtspopulismus – können wir auf verschiedenen Ebenen reagieren:

- durch wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Forschung,
- durch Faktenchecks und die Fähigkeit, Behauptungen zu überprüfen,
- durch Third Mission inklusive Transfer, um Wissen in der Zivilgesellschaft und der Praxis zu verankern,
- und ebenso durch Berichte von Betroffenen und Akteur*innen, die ihre Realität nachvollziehbar werden lassen.

Wir organisieren also als Hochschule nicht allein Diskussionen um Wahrnehmung und Analyse einer kontroverser gewordenen gesellschaftlichen Realität, sondern auch den damit eng verbundenen Streit um Werte. Das umfasst die Förderung demokratischer Werte, so weit – und damit interpretationsbedürftig – diese Formulierung auch ist. Es gehört zu unserem Leitbild, einen Beitrag zur Gestaltung einer zukunftsfähigen, demokratischen, sozialstaatlich verfassten Gesellschaft zu leisten, die sich der Realisierung und dem Schutz von Menschenwürde auf lokaler und globaler Ebene verpflichtet weiß. Wir wissen, dass dies Hochschulen wie unsere angreifbar macht. Denn wir arbeiten beispielsweise zu Themen des Rassismus, Kolonialismus und Klassismus in Geschichte und Gegenwart. Eine Alternative gibt es nicht.

Anmerkung zum Editorial

Die Wahl zum Jugendwort des Jahres wird am 18. Oktober 2025 auf der Frankfurter Buchmesse entschieden. Die Top 3 sind „das crazy“, „checkst Du“ und „goonen“. Dieses Magazin wird allerdings schon Anfang Oktober gedruckt – wir bleiben gespannt auf die finale Entscheidung!

ev.olve wird gefördert durch:



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST



Unser
[Hochschul-Newsletter](#)